

WDR online vom 04.11.2015, S. 1

Kraft lehnt Transitzonen ab

Nur noch 2,4 Prozent Balkan-Flüchtlinge

Von Rainer Kellers

Hannelore Kraft lehnt Transitzonen an den Grenzen vehement ab

Nur noch 2,4 Prozent der Flüchtlinge kommen aus sicheren Herkunftsländern

"Scheindebatte" um Transitzonen oder Einreisezentren

Was im "Kraftraum" gesagt wird, ist normalerweise nicht für die Veröffentlichung bestimmt. Die Runde der NRW-Ministerpräsidentin mit den Journalisten der Landespressekonferenz ist als reines Hintergrund-Gespräch gedacht. Der Koalitionskrach in Berlin um Transitzonen und Einreisezentren ist Hannelore Kraft (SPD) aber offenbar so wichtig, dass sie am Montagabend (02.11.2015) eine Ausnahme von der Vertraulichkeitsregel machte. Die Welt soll wissen, was sie vom Unions-Vorschlag der Transitzonen hält. Kurz gesagt: nichts.

Kraft: Seehofer will sich parteipolitisch profilieren

<http://www.wdr5.de/sendungen/morgenecho/interviewbosbach122.html>

Die Ablehnung hat selbstredend auch parteipolitische Gründe. Kraft positioniert sich gegen die CSU und an der Seite ihres Parteichefs Sigmar Gabriel. Die CSU habe Transitzonen ins Gespräch gebracht, um sich politisch zu profilieren, meint Kraft. Parteichef Horst Seehofer wolle Ende des Monats bei einem Parteitag wiedergewählt werden und versuche nun, wenigstens eine seiner *"untauglichen Ideen"* für die Flüchtlingskrise durchzubringen. Kraft hat aber auch starke inhaltliche Bedenken gegen Transitzonen. Und die Statistik gibt ihr dabei Recht.

Es kommen nicht mehr viele aus Balkanländern

Die Union nämlich plant die Transitzonen an den Grenzen Deutschlands vor allem für drei Kategorien Flüchtlinge: Solche, die eine Wiedereinreiseperrre haben oder einen Folgeantrag stellen wollen. Solche, die nicht am Verfahren mitwirken wollen - indem sie zum Beispiel keine Angaben zu ihrem Heimatland machen. Und vor allen Dingen diejenigen, die aus sicheren Herkunftsländern kommen. Das sind Flüchtlinge aus den Westbalkanstaaten. Nur: Mittlerweile kommen nur noch wenige Menschen aus den Staaten des westlichen Balkans.

Auf die vier Länder Albanien, Kosovo, Serbien und Mazedonien entfielen im Oktober deutschlandweit gerade mal 2,44 Prozent der registrierten Flüchtlinge. Diese Prozentzahl sei in etwa auf NRW übertragbar, sagt das NRW-Innenministerium. Damit ist die Zahl der Asylbewerber vom Balkan deutlich zurückgegangen. Im September waren noch rund 6,5 Prozent aller Flüchtlinge aus Balkan-Staaten. Und aufs ganze Jahr betrachtet 17,39 Prozent. Genau gegenläufig ist die Entwicklung der Flüchtlingszahlen aus Syrien. In den ersten zehn Monaten kamen zusammengenommen 32,13 Prozent der Flüchtlinge aus dem arabischen Land. Im Oktober waren es hingegen fast 50 Prozent (48,93 Prozent). Auch in absoluten Zahlen ist der Rückgang deutlich. Im Oktober kamen aus den vier Balkanländern zusammen gut 4.400 Asylbewerber. Einen Monat vorher waren es noch rund 10.000 - bundesweit.

Scheindebatte oder ernsthaftes Thema?

Die Zahl der Flüchtlinge aus sicheren Herkunftsstaaten ist also rapide gesunken. 97,6 Prozent aller Flüchtlinge kommen derzeit nicht aus solchen Ländern. Warum also über Transitzonen reden? Gute Frage. Hannelore Kraft sagt, *"die Logik erschließt sich mir nicht"*. Der Streit um die Transitzonen sei eine *"Scheindebatte"*, die an den Kernthemen vorbeigehe. Warum Kraft und viele andere in der SPD die Transitzonen als *"Haftanstalten"* oder *"Internierungslager"* für Zehntausende bezeichnen, bleibt aber auch offen. Möglicherweise spielt im Hintergrund die Überlegung eine Rolle, auch Länder wie die Türkei oder Afghanistan könnten bald als sichere Herkunftsländer eingestuft werden. Dann wäre die Bedeutung von Transitzonen eine ganz andere. Derzeit gilt aber noch: Die große Masse der nach Deutschland kommenden Flüchtlinge wäre von Transitzonen gar nicht betroffen.

Transitzonen vs. Einreisezentren

Bei den von der SPD geforderten Einreisezentren wäre das im Übrigen anders. Diese Einrichtungen sollen an vorhandene Erstaufnahmestellen angedockt und aufs ganze Land verteilt werden. Asylsuchende sollen nur dann Sach- und Geldleistungen erhalten, wenn sie sich in einem dieser Zentren registrieren lassen. Die Registrierung könnte auch Voraussetzung für einen Asylantrag sein. Über Anträge von Flüchtlingen aus sicheren Herkunftsstaaten könnte direkt vor Ort entschieden werden.

Gerne hätte man zu diesen Fragen den NRW-Oppositionsführer und stellvertretenden Vorsitzenden der CDU, Armin Laschet, gehört. Doch Laschet will sich offenbar nicht einmischen. Der stellvertretende Fraktionsvorsitzende André Kuper hält Transitzonen für "geeignet". Im Gespräch mit dem WDR wirft er Kraft vor, einen vernünftigen Vorschlag zu kritisieren und gleichzeitig viele Aufgaben des Landes auf die Städte abzuwälzen. "Das ist unangemessen."

Am Mittwoch (04.11.2015) wird die Diskussion im NRW-Landtag weitergehen. Und am Donnerstag (05.11.2015) treffen sich in Berlin die Spitzen der Koalition mit den Ministerpräsidenten der Länder. Dann soll der Streit entschieden werden.

Stand: 03.11.2015, 16.37 Uhr